



Wolfgang Ischinger lädt die Elite ein: Die Münchner »Sicherheitskonferenz« ist zwar eine private Veranstaltung, dient den Mächtigen aber für informelle Absprachen

PHOTO: ANSELME LANGE

Nie wieder »kein Krieg«

Chef der Münchner Sicherheitskonferenz will Europäer nicht in »Zuschauerposition« sehen. Signale der US-Delegation mit Spannung erwartet. **Von Jörg Kronauer**

Wie üblich wird sie hochrangig besetzt sein, die Münchner Sicherheitskonferenz, zu der mehr als 500 Teilnehmer in der bayerischen Landeshauptstadt erwartet werden. Vom 17. bis zum 19. Februar kommen sie im Luxushotel Bayerischer Hof zusammen: Staats- und Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister in erstaunlicher Zahl, der neue UN-Generalsekretär António Guterres, Vertreter weltweit führender Außenpolitikthinks, der Exekutivdirektor von Human Rights Watch, Kenneth Roth, zudem Bill Gates als Vorsitzender der »Bill und Melinda Gates Foundation«, der vermögendsten Stiftung der Welt, und viele mehr.

Wer Rang, Namen und Einfluss hat in der Weltpolitik, hat sich entweder selbst für München angekündigt oder wird zumindest einen Minister, einen Abgeordneten, einen Mitarbeiter entsenden. Die Bundesregierung wird sogar vierfach vertreten sein: Der künftige Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), Innenminister Thomas

Maizière (CDU) und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) haben sich angemeldet. Geleitet wird die Konferenz zum neunten Mal von Wolfgang Ischinger, einem Spitzendiplomaten, der den Vorsitz der Veranstaltung seit 2008 innehat.

An Gesprächsthemen wird es nicht mangeln: Die Krisen und Kriege, die Unsicherheiten und Erschütterungen in der Weltpolitik nehmen seit mehreren Jahren überhand. Natürlich wird es in München um die bewaffneten Konflikte gehen, die zuletzt die internationale Politik am stärksten dominierten: um den Bürgerkrieg in der Ukraine und um den Krieg in Syrien. Über den ersten können die Teilnehmer mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko und dem russischen Außenminister Sergej Lawrow diskutieren. Lawrow wird auch über den Syrien-Krieg sprechen wollen, über den man auf der Konferenz zudem mit Regierungsvertretern dreier Staaten reden kann, die ebenfalls eine Kriegspartei massiv unterstützen – mit den Außenministern Irans, Mohammed Dschawad

Sarif, Saudi-Arabiens, Adel Al-Dschubeir, und der Türkei, Mevlüt Cavusoglu. Selbstverständlich wird es auch um Afghanistan gehen; der afghanische Präsident Mohammed Aschraf Ghani und der Stabschef der pakistanischen Armee, Kamar Dschawid Badscha, werden in der bayerischen Landeshauptstadt erwartet. Wem eher die Inselstreitigkeiten im Südchinesischen Meer und der Nordkorea-Konflikt am Herzen liegen, der wird den chinesischen Außenminister Wang Yi treffen können.

Und natürlich werden – die Münchner Sicherheitskonferenz ist in ihren Ursprüngen ja eine zutiefst transatlantische Zusammenkunft – die Vereinigten Staaten vertreten sein. Was ist von der neuen US-Administration zu erwarten? Pflegt Donald Trump auf die NATO? Wirft er sich Russland an den Hals, attackiert er China? Zu Fragen wie diesen werden der neue US-Verteidigungsminister James Mattis und sein Kabinetts- und Generalskollege John Kelly, der das Heimatschutzministerium leitet, Rede und Antwort stehen müssen:

Beide haben ihre Teilnahme an der Sicherheitskonferenz bereits bestätigt. Zudem werden mehr als ein Dutzend US-Senatoren erwartet, darunter der altbekannte Hardliner John McCain.

Geht es nach Konferenzleiter Ischinger, dann werden die deutschen Politiker in München deutlich härter auftreten als zuvor. Der Bürgerkrieg in der Ukraine und der Syrien-Krieg hätten gezeigt, so Ischinger unlängst im Interview mit der Welt, wie »grundfalsch« es sei, »zu sagen: Es kann keine militärischen Lösungen geben«. Weil die EU keine Truppen nach Syrien entsandt habe, seien »wir Europäer einmal mehr an den Spielfeldrand verbannt worden – eine Zuschauerposition, die der Rolle der EU als größter Handels- und Wirtschaftsmacht der Welt mit 500 Millionen Menschen nicht gerecht wird«, behauptete Ischinger. »Ich wünsche mir, dass kein verantwortlicher deutscher Politiker diesen Satz«, dass es keine militärischen Lösungen geben könne, »wiederholt«. Die Parole für München lautet also: Nie wieder »kein Krieg«.

»Weltweite Vorherrschaftsansprüche«

Bündnis mobilisiert gegen »Sicherheitskonferenz«. Abgrenzung gegenüber rechten Provokateuren

Ein Bündnis aus mehr als 80 Organisationen ruft zu Protesten gegen die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz (Siko) am 18. Februar auf. Am Freitag erläuterte Claus Schreier die Kritik des Aktionsbündnisses an der Militärtagung der Presse. Bei dem im Luxushotel Bayerischer Hof stattfindenden Treffen versammelten sich »die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtletten der USA und der EU-Staaten, die Hauptverantwortlichen für die völkerrechtswidrigen NATO-Kriege, für weltweite Armut, für ökologische Katastrophen und für Millionen von Flüchtlingen, denen sie die Lebensgrundlagen zerstört« hätten. Es gehe auf der Siko weder um die friedliche Lösung von Konflikten noch um Sicherheit, vielmehr um die »Durchsetzung weltweiter Vorherrschaftsansprüche der westlichen Großmächte und ihrer Konzerne«. Vor allem sei die Siko ein »Propagandaforum« zur Rechtfertigung der

NATO, ihrer Einsätze und militärischer Aufrüstung.

Das Bündnis fordert den Stopp von Rüstungsproduktion und Aufrüstung, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, die Beendigung einer Stationierung von Atomwaffen in Deutschland sowie die Abschaffung der Bundeswehr und die Auflösung sämtlicher Militärstützpunkte. Angesichts von mehr als 5.000 Menschen, die 2016 auf der Flucht über das Mittelmeer ertranken, sieht Schreier Europa in der Verantwortung, sichere Fluchtwege zu schaffen und Flüchtlingen eine legale Einreise in die Europäische Union zu ermöglichen, um dieses »Massensterben« zu beenden.

Entsprechend beteiligt sich auch Refugee Struggle for Freedom an dem Bündnis gegen die Siko. Eine Sprecherin der Gruppe, die einen »bundesweiten Streik der Asylsuchenden« organisieren will, beschrieb deren Motivation,

gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz zu mobilisieren: Viele kämen nach Deutschland, weil ihre Länder »von imperialistischen Mächten zerbombt« oder »die reaktionären Monarchen und Diktatoren im arabischen Raum von Deutschland, Frankreich, USA usw. unterstützt werden«. Mit der Unterstützung des Aktionsbündnisses unterstreiche Refugee Struggle for Freedom, dass es darum gehe, »eine Bewegung gegen die kapitalistische Barbarei« aufzubauen, von der gerade Geflüchtete in besonderem Maße betroffen seien.

Ein rechtslastiges Personenbündnis will ebenfalls gegen die Siko demonstrieren. Eine Gruppierung um Stephan Steins aus Berlin rufe als »Friedensbewegung bundesweite Koordination« (FbK) zu einer eigenen Veranstaltung parallel zur Demo des Aktionsbündnisses auf. Steins tritt als Chefredakteur einer Internetzeitung auf, in der er kürzlich etwa eine »Masseneinwanderung und

Überfremdung« europäischer »Kulturräume« beklagte und Geflüchtete als »Vagabunden aus Afrika« beschimpfte. Die Nürnberger Prozesse bezeichnete der Geschichtsrevisionist als »Kriegsverbrechen und historische Zäsur«. Als weitere Akteure der »FbK« identifizierte das Aktionsbündnis Ex-Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel, einen NPD-Anhänger sowie einen Mann, der den Reichsbürgern zuzurechnen sei.

Das Aktionsbündnis gegen die Münchner Sicherheitskonferenz erklärte in einer Stellungnahme, es gebe auf der eigenen Demonstration »keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechtspopulistische Islamhetze. Das Ringen um Frieden ist untrennbar verbunden mit der kompromisslosen Zurückweisung aller derzeit erstarkenden nationalistischen Bewegungen. Menschenrechte sind untrennbar.«

Sebastian Lipp

■ Gegenkonferenz:

Aktivistinnen, Gewerkschafter, Christen

Parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz mit Spitzenpolitikern und Stiftungsvertretern findet vom 17. bis zum 19. Februar in der bayerischen Landeshauptstadt eine internationale Konferenz von Friedensgruppen, Gewerkschaftern und Antifaschisten statt. Unter dem Motto »Frieden und Gerechtigkeit gestalten – nein zum Krieg« wollen die Veranstalter im Alten Rathaus, im DGB- und im Eine-Welt-Haus ein Gegengewicht herstellen. Maßgeblich organisiert von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) wird die Internationale Friedenskonferenz vom Kulturreferat der Stadt München gefördert. Unterstützer sind unter anderem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern sowie der Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Als erste Referentin soll am Freitagabend (17. Februar) im Alten Rathaus die Publizistin Daniela Dahn zum Thema »Kooperation oder Konfrontation mit Russland?« sprechen. Anschließend stellen langjährige Aktivistinnen und Aktivistinnen Handlungsmöglichkeiten für Normalsterbliche vor – so etwa die Journalistin und Filmemacherin Elsa Rassbach unter dem Motto »Gewaltfrei gegen Drohnenkrieg«. Die Diskussion moderiert Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Das Programm am Samstag (18. Februar) lässt den Interessierten Zeit für die Teilnahme an der Demonstration des Aktionsbündnisses gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, die um 13 Uhr auf dem Karlsplatz/Stachus beginnt.

Erst am Abend ist eine Diskussion mit Gewerkschafts- und Kirchenvertretern zum Thema »Friedensethik – Friedenspolitik?« im DGB-Haus geplant. Neben einem noch nicht genannten Mitglied des DGB-Bundesvorstands sollen die Bundesvorsitzende von Pax Christi, Wiltrud Rösch-Metzler, und der Friedensbeauftragte der Evangelischen Landeskirche Baden, Stefan Maaß, auf dem Podium sitzen – moderiert von der Journalistin Renate Börger. Für Sonntag ist ein interreligiöses Friedensgebet im Eine-Welt-Haus angekündigt. (IW)

■ Auftaktveranstaltung:

– Freitag 17. Februar, 19 Uhr (Einlass ab 18 Uhr) München, Altes Rathaus, Marienplatz 15

■ Weitere Veranstaltungsorte:

- DGB-Haus München, Schwanthalerstr. 64
- Eine-Welt-Haus München, Schwanthalerstr. 80
- Kostenbeteiligung: acht Euro, ermäßigt vier Euro, Solidaritätsbeitrag zehn Euro

■ friedenskonferenz.info